

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zur Aussprache über die Lage in der Golfregion

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt mit Besorgnis fest, daß sich die Lage in der Golfregion seit der Besetzung und Annektion Kuwaits durch den Irak weiter verschärft hat. Die Gefahr eines militärischen Konflikts ist gewachsen.

Der Irak gefährdet durch den Überfall auf Kuwait den Frieden, die internationale Sicherheit sowie die auf ein friedliches Zusammenleben der Völker gerichtete Rechtsordnung. Dieser beispiellose Bruch des Völkerrechts ist menschenverachtend und bringt unbeschreibliches menschliches Leid für die Geiseln und deren Angehörige.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb den Irak auf,

- die entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats durchzuführen, insbesondere sich aus Kuwait zurückzuziehen und die Souveränität dieses Landes wiederherzustellen sowie
- allen Ausländern unverzüglich die freie Ausreise aus dem Irak und Kuwait zu gestatten.

Der Deutsche Bundestag hofft, daß es auf diese Weise gelingt, den Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen. Er fordert den Irak auf, alles zu tun, um einen Krieg zu vermeiden, unter dem auch das irakische Volk zu leiden hätte.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin für eine friedliche Lösung des Konflikts, die den Forderungen des Sicherheitsrats voll Rechnung trägt, einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, daß nach dem Ende der durch die widerrechtliche Besetzung Kuwaits entstandenen schweren Krise die anderen Probleme der Region mit großem Nachdruck einer Lösung zugeführt werden müssen. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten, das Palästinenserproblem und den Libanonkonflikt.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Unterstützung für die Forderung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nach

unverzögerlicher Freilassung der im Irak und in Kuwait als Geiseln festgehaltenen Ausländer aller Nationen. Es verurteilt den Mißbrauch von Menschen als Handelsobjekt und als menschlichen Schutzschild und sieht in der selektiven Freilassung von Geiseln den Versuch, Zeit zu gewinnen und die Völkergemeinschaft zu spalten. Er fordert die Regierung des Irak auf, sich dem Gespräch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als dem von der Völkergemeinschaft hierzu legitimierten Repräsentanten nicht länger zu verschließen.

Der Deutsche Bundestag dankt der Bundesregierung für ihre ständigen Bemühungen, gemeinsam mit den EG-Partnern und den Verbündeten die Freilassung der im Irak und in Kuwait festgehaltenen Menschen zu erreichen und fordert sie auf, diese Bemühungen fortzusetzen. Er begrüßt die durch die humanitäre Mission Willy Brandts erfolgte Freilassung von Geiseln. Das entschlossene und solidarische Vorgehen der internationalen Völkergemeinschaft muß die Grundlage für eine Konfliktlösung bleiben.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die jüngste Initiative der Bundesregierung im europäischen Rahmen in der Geiselfrage. Er begrüßt die angekündigten Initiativen einer großen Zahl einzelner Staaten und bei regionalen und internationalen Organisationen mit dem Ziel, daß auch diese ihren Einfluß auf die irakische Führung zugunsten einer unverzüglichen Freilassung der Geiseln aller Nationen geltend machen.

Bonn, den 15. November 1990

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Mischnick und Fraktion